S A T Z U N G
zur Änderung der
Satzung über die Erhebung der Hundesteuer
in der Stadt Herbolzheim

Der Gemeinderat der Stadt Herbolzheim hat auf Grund von § 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) sowie der §§ 2, 5a, 6, 8 Abs. 2 und 9 Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg (KAG) in der jeweils derzeit gültigen Fassung am xx. xx. 2020 folgende Satzung beschlossen:

§1
Änderung

§5a - Gefährliche Hunde/Kampfhunde der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer vom 10. Oktober 2019 erhält folgende neue Fassung:

§5a Gefährliche Hunde/Kampfhunde

- (1) Kampfhunde sind solche Hunde, die aufgrund ihres Verhaltens die Annahme rechtfertigen, dass durch sie eine Gefahr für Leben und Gesundheit von Menschen und Tieren besteht. Kampfhunde im Sinne von dieser Satzung sind:
1. Hunde, der in § 1 Abs. 2 Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum über das Halten gefährlicher Hunde vom 03.08.2000 (PolVOgH) genannten Rassen (derzeit American Staffordshire Terrier, Bullterrier und Pit Bull Terrier) sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden.
 2. Hunde der in § 1 Abs. 3 PolVOgH genannten Rassen (derzeit Bullmastiff, Staffordshire Bullterrier, Dogo Argentino, Bordeaux Dogge, Fila Brasileiro, Mastin Espanol, Mastino Napoletano, Mastiff und Tosa Inu.) sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen als mit denen von Nr. 1 erfassten Hunden.
- (2) Gefährliche Hunde im Sinne dieser Satzung sind Hunde gem. § 2 der Polizeiverordnung des Innenministeriums und des Ministeriums Ländlicher Raum über das Halten gefährlicher Hunde vom 03.08.2000 (PolVOgH).

§2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft.

Herbolzheim, den xx. xx. 2020

Thomas Gedemer
Bürgermeister

Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 der Gemeindeordnung:

Ist diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens-oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder auf Grund der GemO zu Stande gekommen, gilt sie gem. § 4 Abs.4 GemO ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen, wenn die Verletzung nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Stadt Herbolzheim geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.